



DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

Januar 08

Endspurt – Wahlkampf

Das politische Gespräch mit den WählerInnen nutzen

Was wollen wir erreichen, wen wollen wir erreichen?

Die entscheidende Phase des Wahlkampfes rückt näher. Jetzt geht es darum uns mit unserem erarbeiteten inhaltlichen Rüstzeug, unseren Argumenten offensiv an die Wählerinnen und Wähler zu wenden. Auf Landesebene arbeiten wir schon seit Wochen mit unserem Sofortprogramm, in dem unsere vier Wahlkampfeschwerpunktthemen behandelt werden:

Hamburg für Alle – Sozial und solidarisch!

Gegen Armut und soziale Spaltung –
Hartz IV muss weg

Gebührenfreie Bildung für alle

Schluss mit der Privatisierung

Mehr Demokratie wagen

auf unserem letzten Landesparteitag haben wir das Bürgerschaftswahlprogramm unter dem Motto:

Hier ist DIE LINKE.

verabschiedet. Auch dieses wird seit einigen

Redaktionsschluss für die Februar-Ausgabe:
Freitag, 25. Januar 2008.

Es gilt weiter: Schreibt massenhaft! Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden.

Die **Mailadressen** sind:

Tilman Rosenau Tilman.Rosenau@tele2.de

Bernhard: stietz-leipzig@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipzig, Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Wochen an die Hamburger Interessierten weitergeben.

Am 05.01.2008 findet der „Wahlparteitag“ statt. Hier steht die Verabschiedung des Leittrags zur Bürgerschaftswahl auf der Tagesordnung.

Im Bezirk haben wir uns eine Broschüre erarbeitet, mit der wir möglichst viele Menschen erreichen wollen. Mit der Vorstellung der vier Wahlkampfeschwerpunktgebiete, St. Pauli, St. Georg, Billstedt und Wilhelmsburg wollen wir vor allem die Verlierer der unsozialen CDU-Politik erreichen und für uns gewinnen.

Für die Zeit bis zur Bürgerschafts- und Bezirksversammlungswahl haben wir uns viel vorgenommen. Es geht um einen Richtungswechsel in der Hamburger Politik. Dafür treten wir ein! Dafür kämpfen wir. Schluss mit der Politik der sozialen Spaltung in unserer Stadt und in unserem Bezirk! Für mehr Demokratie und menschenwürdige Stadtteilpolitik.

Nicht ohne uns!

Das heißt, nicht ohne unsere Partei und nicht

Inhalt

Wahlkampfaufruf	S. 1
Jetzt geht's richtig los!	S. 2
Mitte-Broschüre (3.12.)	S. 4
Beschlüsse (3.12.)	S. 4/5
Opponieren/Tolerieren?!	S. 5
Millionengrab U 4(Leserbrief)	S. 7
Baubeginn in Moorburg	S. 8
Stadtentwicklung/Kultur	S. 8
Termine/ Kontakt	S. 9
Keine Stimme den Nazis	S. 10

ohne die betroffenen Menschen dieser Stadt. Wir treten für die Rechte der unterdrückten, ausgebeuteten und marginalisierten Menschen ein. Dafür wollen wir in die Bezirksversammlung Mitte mit einer starken Fraktion einziehen. Eine linke Parlamentsarbeit kann aber nur erfolgreich sein, wenn sie in engem und vertrauensvollem Kontakt mit den aktiven Bürgerinnen und Bürgern der Stadt steht, die sich für ihre Rechte und die ihrer Mitmenschen einsetzen. Konkret sind die Vorstellungen des Vorstandes folgende:

1. Bis zu den **Bürgerschaftswahlen am 24.02.2008** wollen wir auf weitere Mitgliebertreffen auf Bezirksebene verzichten und uns stattdessen voll auf den Wahlkampf im Land, Bezirk, Wahlkreis und Stadtteil konzentrieren. Die politischen Diskussionen müssen jetzt vor allem nach draußen getragen werden. Bei entscheidenden Fragen stehen die parteioffenen Vorstandstreffen als Forum zur Verfügung.

2. Am **27.12. um 17.00 Uhr** wollen wir uns zum 1. bezirksweiten **Wahlaktiv im Kreuzweg** treffen. Volker wird uns hier auf die **"heiße Phase"** für die Mobilisierung der Wähler DER LINKEN einstimmen. Dringend sind die vier Stadtteil-WahlkampfkoordinatorInnen und die KandidatInnen, die vordere Plätze bei unseren Listenwahlen für die Wahlkreise und der Bezirksliste erhalten haben, aufgerufen zu diesem Treffen zu kommen. Selbstverständlich (und nicht nachrangig!) sollten alle Mitglieder, Bündnispartner und Sympathisanten sich gleichfalls aufgefordert fühlen, sich zu beteiligen. Aus jedem Stadtteilaktiv erwarten wir mindestens drei Teilnehmer, die dann den Stafelstab als Multiplikatoren in die Stadtteilgruppen tragen, von wo aus dann die konkrete Durchführung der Wahlkampfaktionen umgesetzt werden soll.

Zu diesem Zweck haben wir,

3. Christine, Tony und Ronald sei Dank, **Mailverteiler für die Stadtteilgruppen** erstellt. Diese sollen den gezielten Informationsfluss erleichtern und gleichzeitig helfen die Aktivs zu festen Stadtteilgruppen zu entwickeln.

4. Am **18.01.2008 ab 18.00 Uhr** findet unsere **zentrale Wahlkampfveranstaltung des Bezirks** statt. Versammlungsort ist die Heinrich-Wolgast-Schule in St. Georg. Wir wollen mit **zwei BürgerschaftskandidatInnen und je einem/r Kandidaten/in aus unseren vier Schwerpunktstadtteilen**, sowie mit Musik und Spaß, möglichst viele Interessierte für diese Veranstaltung gewinnen. Deshalb bemüht Euch bitte alle, dass vor allem Menschen gewonnen werden zu kommen, die zu unserem **Bezirkswahlkampfthema - Stadtteilentwicklung** - engagiert sind, und somit selber als Multiplikatoren auftreten können!

Gleichfalls brauchen wir noch Helfer aus der Partei, für Info- und Getränkeischtbetreuung, sowie zum Auf- und Abbau. Bitte nehmt diesen Appell ernst und überlegt in wie weit **Ihr beitragen könnt**, dass diese Wahlkampfveranstaltung uns weiterbringt!

Bedenkt bitte, dass laut letzter Umfrage wir im **Wahlkreis 2 erstmals vor der GAL stehen und damit ein Direktmandat (Elisabeth) für die Bürgerschaft erreichen können!**

5. Die **Bezirkswahlkampfbrochure**, in der sich die vier Stadtteilschwerpunktgebiete mit ihren Forderungen vorstellen ist jetzt diskutiert und beschlossen. Am **26.01.2008 wollen wir einen bezirksweiten Briefkastensteckaktionstag** machen. Es soll vor allem in den Gebieten verteilt werden, die wir bisher nicht ausreichend mit Informationsmaterial erreichen konnten.

Deshalb brauchen wir jeden/jede Genossen/in, die Zeit und Kraft hat hier mit zu machen! Bitte **meldet Euch rechtzeitig beim Vorstand**, damit wir wissen, mit wem wir planen können.

Soweit erst mal!

Ich wünsche allen gute Feiertage ein sanftes Gleiten ins neue Jahr und viel Lust und Kraft für den Wahlkampf dann im Januar und Februar.

für den Vorstand: Tilman Rosenau

Wahlkampf – jetzt geht's richtig los

Daran denkend, dass der eigentliche Wahlkampf Mitte Januar bis Mitte Februar läuft, war der eine oder die andere von euch sicher schon auf Straßen und Plätzen des Bezirkes unterwegs. Nicht vergessend, dass schon vorher „alle Munition zu verschießen“ um dann auf dem Zahnfleisch zu gehen nichts

bringt, um mich selbst zu zitieren.

Als Vertreter des Bezirks im engeren Kreis eines so nicht benannten Landeswahlkampfteams zu fungieren ist meine Aufgabe. In zwei Artikeln im letzten „Mittensang“ ist zu den Planungen und Intentionen von Bezirks- und

Landesverband im Bezug auf die Wahlbewegung ausgeführt worden, diesmal soll zur weiteren Konkretisierung und Mobilisierung ein dritter folgen.

Der **Vorwahlkampf** ist abgeschlossen, viele Schilder stehen auch im Bezirk Mitte schon an den Straßen, Die Linke ist so im Stadtbild präsent.

In allen vier Schwerpunktgebieten (St. Georg, St. Pauli, Billstedt, Wilhelmsburg) sind wohl, mehr oder minder erfolgreich, die Mitglieder/ Sympathisanten/ Bündnispartner/ Freunde mobilisiert worden. Bei uns in St. Georg sind Neue eingestiegen, andererseits haben wir leider den einen oder anderen „verloren“ bzw. von den ehemaligen Linksparteimitgliedern nur einen für die Arbeit gewinnen können. Wir haben kein ausdrückliches Stadtteilwahlkampfaktiv gebildet, sondern unsere kleine Gruppe, organisiert von Bernhard Stietz-Leipnitz, versteht sich als selbiges. Wie es in den anderen Bereichen gemacht wird, das wird sicher beim Treffen des bezirklichen Wahlkampfteams nach Weihnachten ausgetauscht werden.

Anfang Dezember haben wir auf dem Bezirksmitgliedertreffen die inhaltliche und layoutmäßige Gestaltung der Wahlkampf-broschüre diskutiert und verabschiedet, der Vorstand hat deren Auflage beschlossen und wird für die Umsetzung sorgen lassen (siehe S.4). Entscheidend dafür wird sein, ob wir mit ihr eine große Verteilaktion Mitte Januar machen wollen – mit Mobilisierung von Verteilern z.B. aus NRW - oder ob sich die Kraftanstrengung des Bezirksverbandes nicht lieber auf die landesweite Verteilung eine Bürgerbriefes von Gysi und Lafontaine um den 16.2. beschränken sollte. Ich wäre sehr für letzteres, denn für dann ist derzeit in Überlegung, 25.000 Stück pro Wahlkreis zu verteilen. Das würde ca. 50 Leute pro Wahlkreis brauchen. Wir in Mitte wären also mit 100 Leuten auf den Straßen! Da diese zu einem großen Teil aus anderen Bundesländern anreisen müssten, wäre diese Aktion mit einem größeren logistischen Vorlauf und einer eben solchen Anstrengung verbunden. Außerdem konkurrieren wir mit Aktionen im Januar mit den Wahlkämpfen in Hessen und Niedersachsen, die auch bundesweite Unterstützung bräuchten... Näheres und Anmeldung bei peter@heyckendorf.de, der für den Landesverband (Lv) Die Koordination übernehmen wird.

Im Straßenbild werdet ihr derzeit noch das

Plakat mit dem Mädchen zur Schulpolitik sehen, wenn gepflegt, dann mit einem Aufkleber, der MdB Katja Kipping für den LPT am 5.1. ankündigt. Überlegt euch bitte, ob ihr zur Tagung kommt, auch Nichtdelegierte sind gern gesehen, soll er doch unseren öffentlichen Auftakt für die heißeren Wahlkampfphasen darstellen. Ab 9.1. beginnt dann der Lv seinen Plakatwahlkampf mit einem „Die Linke stark machen“- Plakat. Ob dann St. Georg & St. Pauli schon ihre jeweils volle Anzahl der als von den jeweiligen Gruppen zu betreuenden AO-Stellschilder erhalten haben werden oder dies ist ab Ende des Monats, wenn die freie Plakatierung beginnt geschehen sein wird, weiß ich derzeit noch nicht mitzuteilen. Die Wilhelmsburger, die auch selbst betreuen wollen, werden irgendwann in dieser Zeit auch versorgt werden. Ab 25.1. soll Die Linke dann, geht es nach dem Plakatierungsverantwortlichem des Lv, mit fünf Schwerpunktplakaten DIN-A0 vor allem in den Gebieten präsent sein, wo geringe Wahlbeteiligung mit hohem erwarteten Potential für Linksstimmen einhergehen.

Im Wahlkreis II wird ab Beginn des neuen Jahres auf den Din-A1-Schildern auf eine Veranstaltung am 11.1. hingewiesen, alle A1-Stellschilder sollten spätestens ab 10.1. auf unsere zentrale Mitte-Veranstaltung am 18.1. in der Heinrich-Wolgast-Schule in St. Georg hinweisen, wenn es um Stadtentwicklung gehen soll. Danach kann man, habt ihr regional (dazu ruhig auch mal über die Bezirksgrenzen hinaus schauen) oder im Stadtteil nichts mehr an Veranstaltungen, die Schilder auch schon reinholen, eventuell ins neue Lager des Landesverbandes in Billbrook. Apropos Billbrook: 11.-16.1. zieht das Materiallager des Lv. von Ottensen nach dort. Danach sollen vom 16.-20.1. in der Liebigstr. Plakate aufgezogen und Ständer repariert werden. Helfende Hände melden sich bitte bei den jeweiligen Stadtteilwahlkampfverantwortlichen bzw. beim Landesbüro im Kreuzweg, Ihr werdet gebraucht!

Derzeit sieht es so aus, dass Gregor Gysi am 20.2. zum medialen Wahlkampfhöhepunkt in die Fabrik in Ottensen kommen wird, da können wir dann noch mal Luft und Lust für die letzten achtundvierzig Stunden tanken.

Voraussichtlich vom 29.1. bis zum 22.2. wird die Aktion Fraktion vor Ort, **MdBs in den Stadtteilen**, koordiniert über das Büro Paech, sein. Bei den derzeitigen Planungen war Mitte

noch nicht dabei, aber das wurde schon gegenüber dem Lv angesprochen, wird von diesem geprüft und seitens unseres Vorstandes sicher mit Argusaugen begutachtet, wollten wir doch für den 18.1. dabei sein. Die Überlegung St. Paulis, mit Ulla Jelpke etwas zum Überwachungsstaat machen zu wollen sind in soweit aufgenommen worden, als dass sie am 22.2. im „uebel & gefährlich“ in der Feldstr. auftreten wird. Mit Norbert Hackbusch und Christiane Schneider sind dann gar zwei ex-Mitte-Mitglieder, jetzt Landeslisten-Kandidaten, an ihrer Seite.

Weiterhin stehe ich für eure organisationspolitischen Fragen im/zum Wahlkampf in der Mitte der Stadt zur Verfügung. Bitte aber nur, wenn ihr sie mit euren Stadtteilverantwortlichen (s.letztes „Mittenmang“) nicht klären könnt/wollt. Unter 280 35 82 ist ein AB geschaltet oder eine auf klare, kurze Ansagen erpichte weibliche Stimme zu vernehmen, wenn ich nicht da sein sollte. Unter vohoz@web.de bin ich auch per Netzpost immer zu erreichen, wenn nicht gerade der Speicherraum voll ist. Über eher kurz als lang melde ich mich zurück. vh

Beschlusslage flexibel gestalten?

Auf unserem letzten Bezirksmitgliedertreffen stand unsere Broschüre als zentrales Diskussionsthema auf der Tagesordnung. Die Vorlage wurde intensiv, teilweise kontrovers erörtert. Hier das Ergebnis kurz zusammengefasst:

Gleich das Deckblatt brachte Stoff für eine Debatte von gut einer Stunde. Erst das Drängen der Versammlungsleitung, dass es ja auch noch einen Inhalt gibt, der besprochen sein will, brachte das Wortgefecht zum abflauen. Soll das Motto: „nicht ohne uns“ verwendet werden? - Unentschieden!

Der Vorstand möge dies noch mal in seinem Herzen bewegen. Und er hat: das Motto bleibt; verschwindet aber auf dem Deckblatt und einer Innenseite.

Soll der Michel aufs Deckblatt? Trotz mehrheitlicher Zustimmung zu dem Bild, auf dem sich der Michel in der Glasfassade eines Hochhauses spiegelt und über die Rückseite der Broschüre gebrochen wird, war hier der größte Disput zu vermerken. Auch in den Tagen nach der Versammlung kam die Debatte wieder auf. Der Vorstand hat diesen Punkt auf seinem nachfolgenden Treffen nicht thematisiert. Ein Fehler? Am 27.12. beim Wahlaktivtreffen sollte noch mal darüber gesprochen werden.

Auch bei den Innenseiten gab es Diskussionsstoff; das Ergebnis wurde mit der Überarbeitung der Texte durch die Verantwortlichen in die neue Vorlage eingebaut. Auf den Seiten 2 und 3 wird die „Bezirksklammer“, Stadtteilentwicklung, thematisiert. Unter der Überschrift „Mehr öffentliche Räume statt Prestigebauten“ wird die politische Arbeit im Bezirk seit der Fusion von WASG und Linkspartei.PDS zusammengefasst. Seite 4 beschäftigt sich anlehnd an den Bezirk mit Hamburg-Themen. Auf den vier Innenseiten werden Politikfelder des neuen Stadtteils Wilhelmsburg aufgezeigt, die auch, z.T. direkt (nicht nur finanziell, sondern vor allem auch was die Bevölkerungsbewegungen zwischen den einzelnen Stadtteilen des Bezirks betrifft), St. Georg, St. Pauli und Billstedt berühren; die sich mit ihren Forderungen auf den Folgeseiten präsentieren.

Alles in allem, denke ich, haben wir eine gute Arbeit geleistet. Wenn es uns gelingt, gezielt diese Broschüre unters Wahlvolk zu bringen, bin ich guten Mutes, dass wir damit noch das eine oder andere Prozentzehntel an Stimmen für DIE LINKE. Hamburg-Mitte zusätzlich herausholen können.

Tilman Rosenau

Ohne Friedensengagement ist alles andere nichts

Der Bezirksverband Mitte unterstützt den Landesvorstand und die Wahlkampfleitung bei dem Bestreben eine zentrale friedenspolitische Veranstaltung mit MdB Norman Paech im Bürgerschaftswahlkampf durchzuführen.

Beschlossen auf dem Mitgliedertreffen am 03.12.2007

*Anmerkung: Die Veranstaltung ist inzwischen für den **31. Januar** mit Norman Paech und Paul Schäfer in der türkischen Gemeinde geplant. -red*

DIE LINKE. Hamburg-Mitte unterstützt den Aufruf von DGB-Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern:

„Solidarität mit dem GDL-Streik! Gegen Unternehmerwillkür und Privatisierungspolitik!“

Hiermit dokumentieren wir den Aufruf:

Die Forderungen der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) – der Kolleginnen und Kollegen in den Triebfahrzeugen und beim Zugbegleitpersonal – sind berechtigt. Die Bahnbelegschaft wurde im Zeitraum 1994 bis 2006 halbiert. Es gibt deutliche Reallohnverluste. Die Arbeitsbedingungen haben sich drastisch verschlechtert. Gleichzeitig hat sich der Konzerngewinn der Deutschen Bahn AG 2005-2007 verdreifacht.

Der Abbau des Schienenverkehrs im Inland wird begleitet von einer Expansion der DB AG in den Bereichen Flugverkehr, Logistik und Lkw-Branche im Ausland.

Wir sagen JA zur Gegenwehr - Der Streik ist berechtigt!

Die GDL streikt für eine Rücknahme massiver Verschlechterungen der Arbeitssituation von Bahnbeschäftigten in den letzten Jahren. Dafür, dass sie ihre Pflicht tut und die Interessen ihrer Mitglieder verteidigt, soll sie platt gemacht werden. Das Bahnmanagement und der Bund als Eigentümer der Bahn wollen ein Exempel statuieren. Eine Niederlage der GDL würde Tür und Tor öffnen für einen Angriff auf alle Gewerkschaften und auf erkämpfte elementare gewerkschaftliche Rechte.

Wir sagen NEIN zur gewerkschaftsfeindlichen Politik von Bahnmanagement und Bundesregierung!

Es geht auch um die exemplarische Durchsetzung der neoliberalen Privatisierungspolitik. Zwei Drittel der Bevölkerung wollen eine Bahn in öffentlichem Eigentum. Mehr als zwei Drittel der Bundestagsabgeordneten wollen die Bahn, die sich seit 100 Jahren in öffentlichem Eigentum befindet, an private „Investoren“ verkaufen.

Wir sagen NEIN zur Privatisierung der Bahn!
Wir sagen JA zum Erhalt von Daseinsvorsorge!

Das Bahnmanagement versucht, stellvertretend für alle Unternehmer und in enger Zusammenarbeit mit der Bundesregierung, das Streikrecht in Deutschland auszuhebeln. Lokalen Arbeitsgerichten soll es gestattet sein, deutschlandweit Streiks zu untersagen. Die Begründung „Streiks schaden der Wirtschaft“ führt letztendlich zum Verbot aller Streiks. Arbeitsniederlegungen machen nur Sinn, wenn sie „der Wirtschaft“ schaden. Die Proteste der DGB-Gewerkschaften gegen diesen ungeheuerlichen Vorgang waren verhalten. Die Rücknahme der Beschränkung des Streikrechts durch das Landesarbeitsgericht in Chemnitz war ein Erfolg. Trotzdem ist in diesem Punkt keine Entwarnung angesagt.

Wir sagen JA zur Solidarität unter allen Lohnabhängigen und Ausgegrenzten! JA zur gemeinsamen Interessensvertretung durch alle Gewerkschaften!

Nicht der, der kämpft, spaltet! Ein gemeinsamer Arbeitskampf könnte schnell gewonnen werden, wenn die anderen Bahngewerkschaften sich dem Kampf anschließen. Wir fordern unsere Gewerkschaften auf, die streikenden Lokführer zu unterstützen und aktive Solidarität zu organisieren. Der Angriff der Arbeitgeber muss gemeinsam abgewehrt, das Streikrecht verteidigt werden!

Wir fordern: Solidarität ALLER Gewerkschaften mit dem Bahn-Streik!

Beschlossen nach längerer Diskussion auf dem Mitgliedertreffen am 03.12.2007

Wir verweisen hierzu auch auf den Artikel von Volker Honold im letzten Mittenmang!

Positionspapier von Marcus Donath und Tilman Rosenau zum Selbstverständnis der Arbeit einer möglichen Fraktion DER LINKEN in der am 24.02.2008 neu zu wählenden Hamburger Bürgerschaft:

Wir verstehen uns als ein Teil der neuen, jungen LINKEN, die alte Zöpfe abschneiden wollen und trotzdem der Tradition verpflichtet ist. Vor dem Hintergrund parlamentarischer Vertretungen sehen wir als richtungweisend das Verhalten der Mandatsträger in den Parlamenten und zu den Gremien unserer Partei an. Mit

ihrem Auftreten steht und fällt Erfolg und Glaubwürdigkeit der Partei.

Wir unterstützen die Aussage in dem Positionspapier des geschäftsführenden Landesvorstandes in Hamburg, dass unser Sofortprogramm Realität werden kann. Mit den vorhandenen Hamburger Haushaltsmitteln

kann dieses umgesetzt werden. Dies haben wir mit unserer Gegenfinanzierung nachgewiesen. Es geht also darum, mit einer Minderheitenposition innerhalb der hegemonialen neoliberalen Herrschaft unsere Politik wirksam zu machen. Diesen Richtungswechsel in der Hamburger Politik verfolgen wir unter dem Motto: „Hamburg für alle – sozial und solidarisch!“ Die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen dieser Stadt zu verbessern ist unsere Motivation. Wir halten einen Politikwechsel für überfällig und machbar und unterstützen jeden nachhaltigen Schritt in diese Richtung.

Um das umzusetzen, müssen klare Grundsätze definiert sein. Wir verstehen darunter zwei Ansatzpunkte im Prozess der Auseinandersetzung: Zum einen die Fragestellungen um den Begriff Arbeit (Ökonomie), zum anderen die Gestaltungsfragen der Demokratie (Gesellschaft). Hierbei gilt das dialektische Spannungsverhältnis von Demokratie, Sozialpolitik und Arbeitsökonomie aus zu tarieren. Genau so wie politische Demokratie nicht ohne soziale Demokratie gelingen kann, kann soziale Demokratie nicht ohne Wirtschaftsdemokratie durchgesetzt werden.

Der Zugang zur Erwerbsarbeit bleibt unverzichtbare Voraussetzung individueller Emanzipation. Die politische Leitlinie „jede Arbeit ist besser als keine“, ist der erste Schritt vom emanzipatorischen Recht auf Arbeit zum repressiven Arbeitszwang. Nur sozial geschützte, gesellschaftlich sinnvolle, ökologisch verträgliche und individuell befriedigende Arbeit kann deshalb das Ziel linker Politik sein. Die neoliberale Propaganda suggeriert eine Abgrenzung nach unten: Wer sich nicht anstrengt, dem geht es schlechter als den anderen. Doch die Wirklichkeit des neuen Kapitalismus sieht anders aus: Der soziale Aspekt der Leistung verliert an Bedeutung.

Anstelle der tariflich abgesicherten Festanstellungen entsteht prekarierte Erwerbsarbeit. Die Beschäftigten und Scheinselbständigen werden zu unmündigen Arbeitsbütteln der Unternehmen. Das alte Leistungsprinzip gilt nicht mehr, weil der Zusammenhang zwischen persönlicher Leistungsbereitschaft und guter Lebensperspektive verloren gegangen ist. Die Hälfte aller im Niedriglohnssektor beschäftigten sind gut ausgebildete Fachkräfte, die in ihren erlernten Berufen keine Anstellung gefunden haben. Die andere Hälfte ist schlecht oder gar nicht ausgebildet und leidet deshalb in Arbeitsverhältnissen, die ihnen weder Perspektive noch ausreichende Entlohnung bieten.

Kein Politiker kann glaubhaft vermitteln, warum Herr Ackermann ein Jahresgehalt für den Abbau von Arbeitsplätzen erhält, für das der Durchschnittsverdiener 400 Jahre lang arbeiten müsste. Eine solche Politik führt zu Agonie und Depression.

Mit dem Verkauf staatlichen bzw. öffentlichen Eigentums geht ein Verlust an öffentlicher Kontrolle einher. Ohne einen starken Rechts- und Sozialstaat kann keine Demokratie funktionieren. Er sichert die materiellen Grundlagen seiner Bürger. Der Rechtsanspruch auf staatliche Leistungen für sozial Schwache ermöglicht diesen Menschen den Erhalt ihres Selbstwertes, der durch die ungleiche Reichumsverteilung verloren ging. Die logische Folge ist, dass wer soziale Rechte privatisiert und damit die Lebensumstände jedes Einzelnen prekariert, sich der Entdemokratisierung schuldig macht. Die Umsetzung der notwendigen Aufgaben zur Überwindung von Unterdrückung und Ungleichheit kann nur mittels demokratischer Emanzipation dauerhaft gelingen. Erst in einem durch Konfliktregulierungsmechanismen abgesicherten Willensbildungs- und Entscheidungsprozess durch die Betroffenen kann Demokratie sich wirklich entfalten.

Somit gilt die Forderung unseres Wahlkampfes „Veränderung beginnt mit Opposition“ uneingeschränkt.

Die Frage, die sich für die Linke stellt, ist die, wie sie sich jenseits ihrer heterogenen Entstehungsgeschichte organisatorisch und inhaltlich positioniert. Ihre Öffnung erzielen wir durch gleichberechtigte Mitwirkung marginalisierter Personenkreise. Also müssen die Aktivitäten einer Linkspartei zur Verschiebung von Kräfteverhältnissen und zur Eröffnung von Handlungsmöglichkeiten für benachteiligte soziale Gruppen, Kräfte und Individuen führen.

Zum einen sind die innerparteilichen Zusammenschlüsse in denen Mitglieder und Nicht-Mitglieder Rechte von gestalterischer Bedeutung erhalten, ein unverzichtbarer Aspekt.

Zum anderen hat sich in Italien die Rifundazione mit ihrer Orientierung auf die Schaffung so genannter „offener Räume“ dazu bekannt, dass die Partei anstelle der alten Vorfeldorganisationen gesellschaftliche Räume fördert und finanziert, in denen sie nicht das Sagen hat und für die sie nicht die Ziele vorgibt. Diesen Gedanken von der Besetzung offener und linker Räume halten wir für eine wesentliche Ergänzung, da diese Arbeitsweise unmittelbar in die Gesellschaft wirkt. Es sollte eine zentrale Aufgabe einer modernen Linkspartei sein, die umfassende, kollektive Produktivität der Men-

schen zum Ausgangspunkt eines veränderten Ökonomiebegriffs zu machen, damit ihre Politik nicht in die Beliebigkeit abdriftet.

Konkret zur Kontroverse um Regierungsbeteiligung meinen wir, dass das Beteiligungskonzept zwar ein Gestaltungswert an sich ist. Politische Gestaltung findet ihre Umsetzung nun mal im Parlament und wird von unseren Wählern auch erwartet.

Das Gegenkonzept ist, dass durch die Zuspitzung des sozialen Widerstandes die herrschenden Kräfte und Verhältnisse demaskiert werden.

Beiden Konzepten haftet dabei etwas zutiefst antidemokratisches an. Die ersten glauben die richtige Vertretung aller zu sein (Repräsentation), die anderen wollen einen radikalen Wandel ohne selbst eine Alternative präsentieren zu können.

DIE LINKE. muss konkrete Alternativen aufzeigen und als Anträge in die Parlamente einbringen. Forderungen von Gewerkschaften und anderen sozialen und demokratischen Kräften aufgreifen, entwickeln und mit ihnen solidarisch öffentlichen Druck ausüben.

Gleichzeitig verbinden wir dies mit parlamentarischen Anträgen; nur so kann es einen Richtungswechsel in der Politik geben.

Zahlenspielerereien über eine Mehrheit links von der CDU ersetzen keine politische Analyse. Gespräche über parlamentarische Zusammenarbeit mit anderen Parteien werden von einer Fraktion der LINKEN für die Öffentlichkeit transparent und nachvollziehbar dargestellt. Parlamentarische Tolerierungen von Fall zu Fall ermöglichen Entscheidungen nach sozialen und demokratischen Gesichtspunkten. Das verhindert eine Sachzwangpolitik durch Koalitionsdisziplin.

Da bei nicht vorhandenen klaren Positionen die Beteiligung zum Selbstzweck würde und dadurch die eigene Glaubwürdigkeit delegitimiert wäre.

Veränderung beginnt deshalb mit Opposition.

Schlussfolgernd halten wir deshalb fest: Nur wenn außerparlamentarische Aktivitäten und linke Opposition in Parlamenten zusammenfinden und sich ergänzen kann eine sozial gerechte Politik in Hamburg wirksam werden und ein Richtungswechsel in der Hamburger Politik, unter dem Motto:

Hamburg für alle – sozial und solidarisch!, erreicht werden.

Leserbrief

Im Mittenrang von Dezember wurden auf S.8 Ausführungen zu einem nicht so bekannten Millionengrab der Rechtsregierung Hamburgs abgedruckt, der U4. Zu denen möchte ich mich hiermit einlassen.

Ich meine, die, sieht man von der Hochbahnlösung ab, eigentliche Lösung ist nur en passant angesprochen worden von Tony und darum will ich noch einmal "eine Lanze brechen" für das Stadtbahnkonzept vom rot-grünen Senat Runde unter Eugen Wagners Ägide als Bausenator. Dieses war geplant und zur Ausführung der ersten Strecke über St. Georg nach Steilshoop kam es wohl nur nicht, weil der CDU-FDP-"Schillpartei"- Senat, sprich mein alter Klassenkamerad Michael Freytag als Bausenator, diese Pläne sofort ad acta legte; macht man doch als neue Konstellation - es sei denn man hieße Schröder - alles anders und ist alles Mist, was die Vorgänger bisher machten.

In diesem Konzept war die Erschließung der Hafencity entlang der Magistrale parallel zur heutigen Versmannstr. neben der Pfeilerbahn (an)geplant. Viele andere Städte haben mit der

heute als Stadtbahn weiterentwickelten Bahn auf Straßenniveau (wieder) gute Erfahrungen gemacht und auch Hamburg stünde dies seit 1978 verschwundene vierte System gut zu Gesicht und würde viel billiger als jede Art U-Bahn...

Übrigens U4 - ... wo die schon überall hinfahren sollte: Über Altona nach Lurup und zum Osdorfer Born, nach Steilshoop ... Nur Mümmelmannsberg hat irgendwann mal eine Anbindung bekommen, ansonsten hat man bei den SPD-Senaten die eigenen Wähler in den Großsiedlungen seit den Siebzigern schon mal gern auf's eigene Auto oder den Bus verwiesen. Vom Totmachen der Straßenbahn, nur weil's in den Fünfzigern beschlossen worden war und weil's damals modern war, oberirdische Systeme zugunsten des Autos abzuschaffen, ganz zu schweigen. Hätte es damals schon Volksbegehren gehabt, wären Senator Kern und Konsorten zu stoppen gewesen. Legen wir nun Gedaschko und dem Adelsvertreter das Handwerk und wählen am 24.2. rot und sagen wir es auch den anderen!

Volker Honold, Stadtteilgruppe St. Georg

Bau des Steinkohlekraftwerkes in Moorburg hat begonnen Schulterschluss des Senats mit Vattenfall

Obwohl das Kraftwerk offiziell noch nicht genehmigt ist, gab der Hamburger Senat schon grünes Licht für den Baubeginn in Moorburg. Ein LKW nach dem anderen fährt bereits die Baustelle auf dem Moorburger Elbdeich an.

Bis zum Jahr 2012 soll das von Vattenfall errichtete Steinkohlekraftwerk fertig sein. 2,2 Milliarden Euro wird Vattenfall in die Dreckschleuder investieren.

Nicht nur die Umweltschützer laufen Sturm gegen das Steinkohlekraftwerk. Der Senat wartet nicht einmal die Wahlen ab, sondern er stellt die Hamburger Bevölkerung vor vollendete Tatsachen.

Die Argumente der Kraftwerksgegner, dass das Steinkohlekraftwerk jährlich einen CO₂ Ausstoß von 8,5 Millionen Tonnen hat, und zur Kühlung der Turbinen das Wasser aus der

Elbe genommen wird, um es dann einige Grade wärmer wieder einzuleiten und die Fische „gekocht“ werden, haben den Senat nicht von der Zustimmung zum Bau des Steinkohlekraftwerkes abgehalten.

Bleibt zu hoffen, dass die vielen Einwendungen der BürgerInnen gegen den Bau des Steinkohlekraftwerkes doch noch Erfolg haben. Auch die erfolgreiche Volkspetition von 12.000 Unterschriften gegen den Bau des Steinkohlekraftwerkes führt dazu, dass die Bürgerschaft sich mit diesem Thema wieder beschäftigen muss.

DIE LINKE. wird jedenfalls nicht locker lassen, dieses zurück in die „Steinzeit“ permanent anzuprangern.

Ronald

18. Januar: Stadtentwicklung – für wen?

Das ist die zentrale Fragestellung unseres Bezirkswahlkampfs. Insbesondere im Wahlkreis 1 (St. Pauli, St. Georg), aber nun auch in Wilhelmsburg hat der Rechtssenat die Entwicklungspotentiale erkannt. Plötzlich gibt es städtische Mittel, nicht nur für IBA und IGA in Wilhelmsburg, sondern auch für ein „Entwicklungsquartier St. Georg Mitte“. Die Erfahrungen der letzten Jahre mit Sanierungen und Entwicklungsmaßnahmen lehren, dass dies meist auf Kosten der ärmeren BewohnerInnen der Entwicklungsgebiete geht, die sich nach der Sanierung die gestiegenen Mieten schlicht nicht mehr leisten können.

Die Menschen im Viertel spielen für die PlanerInnen eine untergeordnete Rolle, die öffentlichen Mittel werden dafür verbraucht, die

Verwertungsbedingungen für das Kapital von ImmobilienbesitzerInnen und Investoren zu verbessern.

Wir wollen bei unserer zentralen Wahlkampfveranstaltung am 18. Januar zur Bezirksversammlungswahl aufzeigen, dass es auch anders gehen muss. Entwicklung kann und darf nicht nur Aufschickung, nicht nur Aufwertung, messbar in Grundstückspreisen heißen.

Wir wollen nicht wegziehen, damit es die vom Senat hofierte selbsternannte Leistungselite hier schöner findet. Und wir wollen die Menschen dazu ermutigen, dass sie sich gemeinsam mit uns zur Wehr setzen! besel

5. Februar: Veranstaltung zur Stadtteilkultur in St. Georg

Es war eine nicht ganz leichte Umsetzung unserer Idee, denn die zentralen Planungen hatten keinen Raum für eine Abgeordnete in St. Georg. Zum Glück sind unsere nachbarlichen Beziehungen zu Luc Jochimsen gut und deshalb wird es die geplante Veranstaltung zur (Stadtteil-)Kulturpolitik mit ihr geben:

Am **Dienstag, 5. Februar um 19:30 Uhr im Gemeinschaftsraum des Drachenbau**, Schmilinskystraße 6a, wird Luc Jochimsen aus ihrer kulturpolitischen Arbeit im Bundestag berichten und gemeinsam mit den St. Georger KandidatInnen für Bürgerschaft (Joachim Bischoff und Volker Honold) und Bezirksver-

sammlung (Renate Twardzik, Bernhard Stietz-Leipnitz und Steffen Leipnitz) das Gespräch mit den „Machern“ der Stadtteilkultur in St. Georg und Klostertor suchen.

Wir wollen deutlich machen, dass wir für die Idee der **Kultur für alle** stehen, nicht für Kultur als „Leuchtturmprojekt“ (Elbphilharmonie) oder als Infrastrukturhilfe für die Tourismusindustrie (Musicaltheater).

Bitte werbt bei den Euch bekannten Aktiven der Stadtteilkultur (natürlich auch außerhalb St. Georgs) für die Teilnahme.

Bernhard Stietz-Leipnitz

Termine/Kontakt

Nicht vergessen!

Samstag, 05.01.2008, ab 10.00 Uhr
Fortsetzung des Landesparteitags mit Katja Kipping
Bürgerhaus Wilhelmsburg

Montag, 07.01.2008, 17.00 Uhr
Parteiöffentliche Bezirksvorstandssitzung Mitte
Landesgeschäftsstelle, Kreuzweg 7

Fr. 11.01.2008, 18:00 Uhr
Wahlkampfveranstaltung des Stadtteilaktivs Billstedt
Gaststätte: "Für'n Appel und'n Ei", Möllner Landstraße 27

Nicht ohne uns!

Was sind Ziele Der Linken für die Hamburger Parlamente?

Veranstaltung mit:
Elisabeth Baum - Listenplatz 1 auf der Wahlkreisliste (WK 2) für die Bürgerschaft
Marcus Donath - Listenplatz 1 auf der Bezirksliste Hamburg Mitte

Mittwoch, 16.01.2008, 19.30 Uhr
Offenes Treffen der Stadtteilgruppe St. Georg
Geschichtswerkstatt/Stadtteilbüro,
Hansaplatz 9

Freitag, 18.01.2008, 18.00 Uhr
Stadtentwicklung – für wen?
Zentrale Wahlkampfveranstaltung Bezirk Hamburg-Mitte
in der Paula der Heinrich-Wolgast-Schule,
Greifswalder Straße 40,
20099 Hamburg/St. Georg

In Planung:
Donnerstag, 31.1., 19:00 Uhr (?)
Friedenspolitische Veranstaltung
mit Norman Paech und Paul Schäfer
Türkische Gemeinde Altona

Dienstag, 05.02., 19:30 Uhr
(Stadtteil-)Kulturpolitik
Diskussion mit **Luc Jochimsen** (MdB) und KandidatInnen der Linken aus St. Georg
Gemeinschaftsraum der Drachenbau eG
Schmilinskystraße 6a

Weitere Termine findet Ihr in den Artikeln zum Wahlkampf sowie auf der Webseite der Partei:

www.hier-ist-die-Linke-Hamburg.de

Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte:

Bezirksvorstand:	Festnetz	Handy	Mail
Verena Brachvogel	040 4397701		Verena.Brachvogel@gmx.de
Marcus Donath	040 4318 2165	0177 5067235	madon@gmx.de
Tilman Rosenau (Mittenmang)	040 7134921		Tilman.Rosenau@tele2.de
Renate Twardzik	040 24 38 08		R.Twardzik@web.de
Ronald Wilken	040 7545585	0178 272 24 34	RonaldC@gmx.de
Christine Wolfram (Schatzmeisterin)	040 7545585		christinewolfram@alice-dsl.de
<i>nachrichtlich:</i>			
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur Mittenmang)	040-245740		stietz-leipnitz@t-online.de

Übrigens: Christine nimmt immer noch gerne Spenden entgegen!
Wer jetzt spendet, kann es noch für 2007 beim Finanzamt geltend machen!

Jetzt endlich auf's neue Konto:

DIE LINKE. Bezirksverband Hamburg-Mitte
Postbank Hamburg
Kontonummer: 852 539 206
Bankleitzahl: 200 100 20

Parteispenden können bis zu einem Betrag von 1650/3300 € (Ledige/Verheiratete) nach § 34 g EStG abgesetzt werden.

Einige von uns haben den Aufruf bereits unterzeichnet, aber es können gar nicht genug UnterstützerInnen sein.

Darum: Macht mit und unterzeichnet, sammelt Unterschriften für den Aufruf!

Keine Stimme den Nazis

In großer Sorge beobachten wir, dass in den letzten Jahren Neonazis in Hamburg immer offener auftreten: Mit Aufmärschen, Info-Ständen vor Sozial- und Arbeitsämtern, Flugblattaktionen in den Stadtteilen oder der Verteilung von „Schulhof-CDs“ versuchen die Nazis, ihrer menschenverachtenden Ideologie den Anschein von Normalität zu geben. Mit Rechtsrockkonzerten, Musikversand und szenetypischen Bekleidungsgeschäften wird eine Subkultur entwickelt, die besonders auf Jugendliche zielt. Mit ihrer sozialen Demagogie knüpfen sie an die wachsende Verunsicherung einer Vielzahl von Menschen angesichts von Massenarbeitslosigkeit, sich weiter verbreitender Armut und fehlender Perspektive an.

In verschiedenen Stadtteilen Hamburgs kommt es zu gewalttätigen Übergriffen, um Andersdenkende, Minderheiten, Flüchtlinge, MigrantInnen einzuschüchtern. Regelmäßig werden Veranstaltungen von Parteien, Gewerkschaften und Initiativen gestört.

Antifaschistischer Protest wird häufig staatlich behindert; Nazis werden geschützt und ihre Gegner als „Störer“ behandelt. Gegendemonstrationen werden verboten, das Recht auf Versammlungsfreiheit eingeschränkt.

Im Jahr 2005 haben sich DVU und NPD darauf geeinigt, bei Wahlen nicht mehr gegenseitig zu konkurrieren. Seitdem konnten sie schon in eine Reihe von Landes- und Kommunalparlamenten einziehen. Die mit der parlamentarischen Präsenz verbundenen finanziellen und personellen Mittel haben ihren Spielraum erheblich erweitert.

Es besteht die Gefahr, dass eine faschistische Partei bei der Wahl im Februar 2008 in die Hamburgische Bürgerschaft einzieht. Dies zu verhindern ist eine dringende Aufgabe.

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

Wir haben nicht vergessen, was in diesem Land passierte, als die Nazis an der Macht waren: Ausschaltung jeglicher Opposition, systematischer Terror gegen alle Nazi-Gegner, Übernahme und Gleichschaltung der Gewerkschaften, Verfolgung und Ermordung all derjenigen, die nicht in das rassistische Menschenbild der Nazis passten. Millionen Tote durch den Holocaust an den europäischen Jüdinnen und Juden, Roma und Sinti. Weltweiter Krieg, an dessen Ende mehr als 55 Mio. Tote zu beklagen waren.

Wir fordern die Hamburger Wählerinnen und Wähler auf:

Keine Stimme für DVU, NPD und alle anderen Parteien der extremen Rechten.

Sorgen wir dafür, dass für Nazis kein Platz ist – weder in den Parlamenten noch im Stadtteil oder Betrieb.

Ich bin dabei:

Erstunterzeichner:

Esther Bejarano, Klaus Bullan, Fanny Dethloff, Sieglinde Friess, Manfred Getzmann, Ira Gloe-Semler, Anne Harms, Hannelore Hoger, Bernt Kamin-Seggewies, Wolfgang Kirstein, Prof. Dr. Timm Kunstreich, Prof. Dr. Michael Lindenberg, Corny Littmann, Peter Lohmeyer, Antje Möller, Fanny Müller, Prof. Dr. Norman Paech, Gül Pinar, Lisa Politt, Wolfgang Rose, Dr. Gerhard Strate.

Vorname/Name	Funktion/Tätigkeit	PLZ/Ort	Unterschrift

Mach mit: www.keine-stimme-den-nazis.org